Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2987

13. 11. 95

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. März 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die Seeschiffahrt

A. Zielsetzung

Die Republik Chile ist für die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Die von Chile betriebene Politik der Wirtschaftsliberalisierung und Marktöffnung hat sich für den Seeverkehr positiv ausgewirkt. Diese Politik sollte weiter gefördert werden.

Das Schiffahrtsabkommen ist eine gute Basis zur Vertiefung und Ausweitung insbesondere aber auch für den Ausbau beziehungsweise die Konkretisierung wirtschaftlicher Kontakte nicht nur für deutsche Schiffahrtsunternehmen, sondern auch für die deutsche Schiffsklassifikationsgesellschaft und Hafenconsultingfirmen.

B. Lösung

Mit dem am 15. März 1995 unterzeichneten Abkommen werden die für den Seeverkehr zwischen beiden Ländern notwendigen ordnungspolitischen und technischen Regelungen auf der Grundlage der Dienstleistungsfreiheit und der Inländergleichbehandlung geschaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt. Das Abkommen regelt neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur die Art und Weise der Verwendung

von Einnahmen durch Seeschiffahrtsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschiffahrt – nicht aber deren Höhe.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 16/95

Bonn, den 10. November 1995

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. März 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die Seeschiffahrt mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 690. Sitzung am 3. November 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 15. März 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die Seeschiffahrt

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 15. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die Seeschiffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 3 des Abkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt. Das Abkommen regelt neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen durch Seeschiffahrtsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschiffahrt – nicht aber deren Höhe.

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die Seeschiffahrt

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Chile –

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiffahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile zu fördern und auf der Grundlage der beiderseitigen Interessen dieser Länder und der Freiheit des Außenhandels, und

in dem Wunsch, die internationale Kooperation in diesem Bereich soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnet

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde"
   a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
   b) in der Republik Chile das Ministerium für Transport und Telekommunikation;
2. der Ausdruck „Schiffe einer Vertragspartei" jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischereifahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als „Schiffe einer Vertragspartei" auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei" ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz sowie seinen tatsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffahrtsunternehmen" anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied" den Kapitän und jede weitere Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an

Convenio entre el Gobierno de la República Federal de Alemania y el Gobierno de la República de Chile sobre Transporte Marítimo

El Gobierno de la República Federal de Alemania

y

el Gobierno de la República de Chile

deseando promover el desarrollo armonioso de las relaciones de transporte marítimo entre la República Federal de Alemania y la República de Chile sobre la base de los intereses recíprocos de ambos países y la libertad de comercio exterior, y

deseando fomentar, de la mejor manera posible, la cooperación internacional en este ámbito,

conscientes de que el intercambio de bienes entre los dos países debe ir acompañado de un intercambio de servicios eficiente,

han convenido en lo siguiente:

Artículo 1

Definiciones

Para los efectos del presente Convenio la expresión

1. «Autoridad marítima competente» significa:
   a) en la República Federal de Alemania el Ministerio Federal de Transportes y sus autoridades subordinadas;
   b) en la República de Chile el Ministerio de Transportes y Telecomunicaciones.
2. «Naves de una Parte Contratante» significará cualquier nave que, en conformidad con las disposiciones legales de dicha Parte Contratante, enarbole su pabellón y que, en conformidad con sus leyes, se encuentre inscrita en un registro de naves. Este término no incluirá buques de guerra ni naves pesqueras. Para los efectos de los Artículos 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 y 15, cualquier nave que enarbole el pabellón de un tercer Estado y esté contratada por una empresa naviera de una de las Partes Contratantes también se considerará «Nave de una Parte Contratante».
3. «Empresa naviera de una Parte Contratante» significará una compañía de transporte que utilice barcos de navegación marítima, que tenga su sede, así como sus actividades económicas reales, en el territorio de esa Parte Contratante y que, en conformidad con sus disposiciones legales, sea reconocida como «empresa naviera».
4. «Miembro de la tripulación» significará el capitán y cualquier persona que deba desempeñar funciones o prestar servicios a

Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2
Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu fördern. Sie werden sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffahrtsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren zu dem Zweck, Fahrgäste und Güter zwischen diesen Häfen zu befördern, sowie auch zwischen diesen Häfen und den Häfen von Drittländern.

(3) Seeschiffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen. Die von Seeschiffahrtsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3
Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben.

(2) Die Vertragsparteien sind entschlossen, alle einschlägigen Übereinkünfte über die Schiffssicherheit, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4
Nichtdiskriminierung des Seeschiffahrtsunternehmens

Jede Vertragspartei unterläßt im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffahrtsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl des Seeschiffahrtsunternehmens entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5
Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, beim Aufenthalt in den Häfen und beim Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffahrtsunternehmen beider Vertragsparteien auf Ausübung von Agenturleistungen entsprechend den Gesetzen, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelten.

bordo de la nave durante la travesía y cuyo nombre aparezca en la lista de dotación de la nave.

Artículo 2
Libertad de Tráfico

1) Las Partes Contratantes acuerdan promover el desarrollo del tráfico marítimo entre sus países bajo el principio de reciprocidad. Se abstendrán de adoptar cualquier medida que pudiera ser perjudicial para el tráfico marítimo internacional sin impedimentos o para la libre participación de las empresas navieras de ambas Partes Contratantes en el transporte de carga intercambiada dentro del marco de su comercio bilateral, así como en el tráfico marítimo entre cualquiera de sus países y terceros países.

2) Las naves de cualquiera de las Partes Contratantes tendrán derecho a navegar entre aquellos puertos de ambas Partes Contratantes que estén abiertos al comercio marítimo internacional con el fin de transportar carga o pasajeros entre dichos puertos, así como también entre tales puertos y los puertos de terceros países.

3) Las empresas navieras de terceros países y las naves que enarbolen el pabellón de un tercer Estado podrán participar, sin restricciones, en el transporte de carga intercambiada dentro del marco del comercio bilateral de las Partes Contratantes. Las naves fletadas por empresas navieras de cualquiera de las Partes Contratantes gozarán de los mismos beneficios que gozarían si enarbolaran el pabellón de una de las Partes Contratantes.

Artículo 3
Compromisos Internacionales

1) El presente Convenio no afectará a los compromisos derivados de otros convenios internacionales celebrados por cualquiera de las Partes Contratantes.

2) Las Partes Contratantes están decididas a ratificar todas las convenciones internacionales pertinentes relativas a la seguridad de navegación, las condiciones de vida y trabajo de los marineros, el transporte de productos peligrosos y la protección del medio ambiente marino.

Artículo 4
No discriminación de la Empresa Naviera

Cada Parte Contratante se abstendrá de adoptar cualquier medida discriminatoria en el tráfico marítimo internacional que pudiera causar algún perjuicio a los intereses navieros de la otra Parte Contratante o que pudiera, contrariamente a los principios de la libre competencia, afectar en forma adversa a la libre elección de la empresa naviera.

Artículo 5
Normas relativas a Puertos y Aguas Territoriales

1) Cada Parte Contratante deberá, en condiciones de reciprocidad, otorgar a las naves de la otra Parte Contratante, en sus puertos, aguas territoriales y otras aguas bajo su jurisdicción, el mismo tratamiento que otorga a sus propias naves que operan en tráfico marítimo internacional, especialmente con respecto al acceso a los puertos, permanencia en los puertos y salida de los mismos, en el uso de las instalaciones portuarias para el transporte de mercaderías y pasajeros, así como en relación con el acceso a todos los servicios y otras instalaciones.

2) La reciprocidad mencionada en el párrafo 1) precedente también cubrirá el derecho de las empresas navieras de cualquiera de las Partes Contratantes a ejercer las actividades de una agencia, en conformidad con las leyes vigentes en el territorio de la otra Parte Contratante.

Artikel 6

Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffahrtsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstleistungen der Seeschiffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schiffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Frist vorgenommen werden.

Artículo 6

Libre Transferencia de Invisibles

Cada Parte Contratante otorgará a las empresas navieras de la otra Parte Contratante el derecho a usar ingresos percibidos por servicios de transporte marítimo realizados en el territorio de la primera Parte Contratante para efectuar pagos relacionados con el transporte marítimo o para transferir dichos ingresos al extranjero en moneda convertible. Tales transferencias deberán efectuarse sobre la base del tipo de cambio oficial y dentro del período de tiempo habitual.

Artikel 7

Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschiffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffahrts- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschiffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschiffen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;

b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;

c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;

d) Aktivitäten im Rahmen der Meeresforschung;

e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artículo 7

Areas excluidas del Campo de Aplicación del Convenio

El presente Convenio no afectará a las disposiciones legales vigentes de las Partes Contratantes con respecto a:

a) el privilegio del pabellón nacional en relación con servicios de navegación costera nacional, salvamento, remolque, practicaje y otros servicios que están reservados para las empresas navieras u otras empresas nacionales de la Parte Contratante y a sus ciudadanos; sin embargo, no se considerará navegación costera la navegación de una nave de una Parte Contratante entre puertos de la otra Parte Contratante con el objeto de descargar cargamentos y desembarcar pasajeros recogidos en un tercer país o cargar mercaderías o embarcar pasajeros para transportarlos a un tercer país;

b) la obligación de llevar un práctico a bordo;

c) las naves que desempeñen funciones de servicio público;

d) las actividades dentro del marco de la investigación marina;

e) el privilegio del estudio hidrográfico en las propias aguas territoriales.

Artikel 8

Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie die Schiffe der Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren geltenden Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften. Dies gilt insbesondere für die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(2) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie die Einfuhr, die Ausfuhr und die Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artículo 8

Cumplimiento de las Disposiciones Legales de la Otra Parte Contratante en su Territorio

1) Las naves de cualquiera de las Partes Contratantes y las naves de sus empresas navieras estarán sujetas, mientras se encuentren en el territorio de la otra Parte Contratante, a las leyes y disposiciones legales de esta última. Ello se aplicará especialmente a las leyes y otras disposiciones legales relativas al ingreso y salida de su territorio de las naves utilizadas en el tráfico marítimo internacional y a la operación y mando de dichas naves.

2) Los pasajeros, los miembros de las tripulaciones y los consignatarios de carga deberán cumplir con las leyes y otras disposiciones legales vigentes en el territorio de cada una de las Partes Contratantes con respecto al ingreso, permanencia y salida de pasajeros y tripulaciones e importación, exportación y almacenaje de cargas, especialmente las disposiciones relativas a permisos para ir a tierra, inmigración, aduana, impuestos y cuarentena.

Artikel 9

Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Artículo 9

Medidas para facilitar el Tráfico Marítimo

Dentro del marco de sus leyes y reglamentos portuarios, las Partes Contratantes tomarán todas las medidas necesarias para facilitar y promover el transporte marítimo, impedir la prolongación innecesaria de los tiempos de estadía, agilizar y simplificar, en lo posible, el despacho de aduanas y los demás trámites que deben realizarse en los puertos, así como también facilitar el uso de las instalaciones de evacuación existentes.

Artikel 10

Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen und sonstigen Schiffspapieren

Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

Artículo 10

Reconocimiento Recíproco de Certificados de Arqueo y Demás Documentos de las Naves

Los documentos de las naves que hayan sido extendidos y reconocidos por una Parte Contratante en conformidad con los convenios internacionales pertinentes y que se lleven a bordo de una nave de esa Parte Contratante también serán reconocidos por la otra Parte Contratante.

Artikel 11

Reisedokumente der Besatzungsmitglieder

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte. Die von einer Vertragspartei nach Inkrafttreten dieses Abkommens eingeführten Ausweispapiere für Seeleute werden von der anderen Vertragspartei durch Notifikation anerkannt, sofern sie den internationalen Anforderungen für die Anerkennung als Seefahrtbuch genügen.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Republik Chile der echte und gültige Reisepaß oder andere nach dem geltenden Recht anerkannte entsprechende Dokumente.

(3) Für Besatzungsmitglieder aus Drittländern, die an Bord von Schiffen jeder Vertragspartei arbeiten, gelten als Reisedokumente die von den zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten betreffenden Dokumente, sofern sie den innerstaatlichen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei für die Anerkennung als Paß- oder Paßersatz genügen.

(4) Beide Vertragsparteien verpflichten sich zur formlosen Rückübernahme von Personen, die mit einem von ihnen ausgestellten Ausweispapier im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

Artículo 11

Documentos de Viaje de la Tripulación

1) Cada Parte Contratante reconocerá los documentos de viaje extendidos por las autoridades competentes de la otra Parte Contratante y otorgará a los titulares de dichos documentos los derechos estipulados en el Artículo 12 del presente Convenio. Los documentos de identificación para marineros, que sean introducidos por cualquier Parte Contratante después de la entrada en vigor del presente Convenio, serán reconocidos por la otra Parte Contratante mediante notificación, siempre y cuando cumplan con los requisitos internacionales para su reconocimiento como pasaportes de marinero.

2) Los documentos de viaje para la República Federal de Alemania son el pasaporte o el pasaporte marinero y para la República de Chile son el pasaporte auténtico y vigente u otros documentos análogos reconocidos por la legislación vigente.

3) Para los miembros de la tripulación de terceros países que trabajen a bordo de naves de cualquiera de las Partes Contratantes, los documentos de viaje son aquéllos extendidos por las autoridades competentes del tercer país, siempre y cuando cumplan con los requisitos nacionales de la respectiva Parte Contratante para su reconocimiento como pasaporte o sustitutivo de pasaporte.

4) Cada Parte Contratante se compromete a reaceptar, sin trámites, a las personas que hayan ingresado al territorio de la otra Parte Contratante con un documento de identificación en el sentido del Artículo 11, párrafo 1), que haya sido extendido por la primera Parte Contratante.

Artikel 12

Einreise, Durchreise und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise in Übereinstimmung mit den einschlägigen Gesetzen und anderen geltenden Vorschriften an Land zu gehen und sich in der Hafenstadt aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Chile ein Besatzungsausweis (Tarjeta de Tripulante).

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung;
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund.

Artículo 12

Ingreso, Tránsito y Estadía de la Tripulación

1) Cada Parte Contratante permitirá a los miembros de la tripulación de una nave de la otra Parte Contratante, que sean titulares de uno de los documentos de viaje especificados en el Artículo 11, bajar a tierra y permanecer en la ciudad portuaria durante el tiempo de estadía de la nave en el puerto de la otra Parte Contratante, sin necesidad de permiso de estadía anterior al ingreso en conformidad con las leyes pertinentes y otras disposiciones vigentes.

En estos casos:

- en la República Federal de Alemania se exigirá un pase para ir a tierra;
- en la República de Chile se exigirá la Tarjeta de Tripulante.

2) Todo miembro de la tripulación de la nave que posea uno de los documentos de viaje especificados en el Artículo 11 del presente Convenio estará autorizado, previa obtención de un permiso de estadía anterior al ingreso, para transitar por el territorio de la otra Parte Contratante en los siguientes casos:

- a efectos de su repatriación;
- con el fin de abordar su nave o cualquiera otra nave;
- por cualquier otro motivo fundado que estimen las autoridades competentes de la otra Parte Contratante.

(3) Die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(5) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(6) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(7) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Jede Vertragspartei sieht, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrabgaben einschließlich Verbrauchsteuern, denen Ladung, Ausrüstung und Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden. Die zuständige Zolldienststelle wird unverzüglich von der Havarie informiert, und es werden die entsprechenden Maßnahmen für zeitweilige Einlagerung der betroffenen Güter frei von Importsteuern getroffen.

Artikel 14

Anwendung und Konsultationen

(1) Die wirksame Anwendung dieses Abkommens unterliegt den zuständigen Seeschiffahrtsbehörden der entsprechenden Vertragsparteien.

(2) Die zuständigen Seeschiffahrtsbehörden behandeln alle Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seeschiffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile;
- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind und der Beachtung aller Bedingungen hinsichtlich des korrekten Betriebs des Seeschiffahrtsverkehrs jeder Vertragspartei;
- den Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;

3) La autorización a que se refiere el párrafo 2) será extendida sin demora, si fuere posible.

4) Las autoridades competentes de las Partes Contratantes autorizarán al miembro de la tripulación que sea llevado a un hospital en el territorio de la otra Parte Contratante para permanecer cuanto tiempo sea necesario con el fin de recibir tratamiento como paciente hospitalizado.

5) Ambas Partes Contratantes se reservan el derecho a impedir el ingreso de aquellas personas, cuya permanencia en el país no se estime conveniente, aún cuando dichas personas posean documentos de viaje en conformidad con el Artículo 11 del presente Convenio.

6) El personal de las misiones diplomáticas y oficinas consulares de una Parte Contratante, así como el capitán y los demás miembros de la tripulación de las naves de esa Parte Contratante, tendrán derecho a ponerse en contacto unos con otros y a reunirse observando las leyes pertinentes y demás disposiciones vigentes en el país de permanencia.

7) Sin perjuicio de las disposiciones precedentes, la legislación de las Partes Contratantes relativas al ingreso, estadía y salida de extranjeros permanecerá sin alteración.

Artículo 13

Incidentes en el Mar

1) Si una nave de una Parte Contratante naufragare, sufriere una avería, varare o peligrare por alguna otra razón en las aguas territoriales de la otra Parte Contratante, las autoridades de esa Parte Contratante darán al capitán, los miembros de la tripulación y pasajeros, así como a la nave y su carga, la misma asistencia y protección que darían a las naves que enarbolan su propio pabellón. Los incidentes mencionados en la primera oración de este párrafo serán investigados por las autoridades que sean designadas por cada Parte Contratante con respecto a la otra Parte Contratante, si existiere un interés público; no obstante, lo serán en todo caso si la nave se hubiere hundido o hubiere sido abandonada o si hubiere víctimas fatales. Las autoridades que sean designadas remitirán los resultados de la investigación a la brevedad posible a las autoridades de la otra Parte Contratante.

2) Las Partes Contratantes deberán, en caso de que una nave hubiere sufrido un accidente o una avería, abstenerse de aplicar impuestos de importación de cualquier clase, incluyéndose cualquier impuesto sobre consumos o ventas a la carga, equipo, materiales, víveres, provisiones y otros pertrechos, a menos que tales artículos sean usados o consumidos en el territorio de la Parte Contratante respectiva. La oficina de aduana competente será informada de la avería sin retardo y se tomarán las medidas necesarias para el almacenaje temporal, libre de impuestos de importación de los bienes involucrados.

Artículo 14

Aplicación y Consultas

1) La aplicación efectiva del presente Convenio estará a cargo de las Autoridades Marítimas Competentes de las Partes Contratantes.

2) Las Autoridades Marítimas Competentes estudiarán todas las materias de interés común, en particular, las relacionadas con:

- la garantía de cooperación en el sector del transporte marítimo entre la República Federal de Alemania y la República de Chile;
- las actividades de las empresas navieras y naves de las Partes Contratantes dedicadas al tráfico marítimo entre las Partes Contratantes y la observancia de todas las condiciones referentes al manejo correcto del tráfico marítimo de cada Parte contratante;
- las consultas entre las empresas navieras y las autoridades marítimas de las Partes Contratantes;

– der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Die zuständigen Seeschiffahrtsbehörden treten auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

– la solución amigable de controversias, incluidas aquellas que surjan de la interpretación de este Convenio.

3) Las Autoridades Marítimas Competentes se reunirán a solicitud de una de las Partes Contratantes a más tardar tres meses después de la fecha en que se haya presentado dicha solicitud.

4) Las Partes Contratantes se comprometen a observar los principios de ventaja mutua y tratamiento no discriminatorio de las empresas navieras y naves de las Partes Contratantes.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen zu suchen und zu entwickeln.

Artículo 15

Cooperación Técnica

Las Partes Contratantes exhortarán a los armadores e instituciones de cualquiera de los dos países relacionados con el tráfico marítimo a procurar y desarrollar todas las formas de cooperación posibles, especialmente con respecto a la capacitación de expertos y a materias técnicas.

Artikel 16

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag der letzten Notifikation in Kraft, an dem eine der Vertragsparteien der anderen notifiziert, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, es sei denn, eine der Vertragsparteien notifiziert auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten, das Abkommen zu kündigen.

Artículo 16

Entrada en Vigor y Terminación

1) El presente Convenio entrará en vigor en la fecha de la última notificación en que una de las Partes Contratantes comunique a la otra que se han cumplido los requisitos jurídicos internos necesarios a efectos de su entrada en vigor.

2) El presente Convenio permanecerá en vigencia por tiempo indefinido, a menos que cualquiera de las Partes Contratantes notifique a la otra por la vía diplomática, con un plazo a lo menos de seis meses, su intención de denunciarlo.

Geschehen zu Bonn am 15. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Bonn, el día quince de marzo de mil novecientos noventa y cinco, en duplicado, en los idiomas alemán y español, siendo todos los textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República Federal de Alemania
Ueberschaer
Wissmann

Für die Regierung der Republik Chile
Por el Gobierno de la República de Chile
Narciso Irureta

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die Seeschiffahrt ist am 15. März 1995 in Bonn unterzeichnet worden. Es beruht auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Schiffe im gegenseitigen Seeverkehr und gewährt Inländergleichbehandlung für die Benutzung der Häfen. Es regelt die Behandlung von Schiffahrtsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Desweiteren regelt es technische Fragen des Seeverkehrs zwischen beiden Ländern. Im Rahmen von Konsultationen sollen die Durchführung des Abkommens überwacht und regelmäßig Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs sowie allgemeine Fragen der internationalen Schiffahrt behandelt werden.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas ist mit einem Anwachsen der Warenströme verbunden. Dem Seeverkehr wird in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung beigemessen. Langfristiges Ziel ist die Intensivierung der Seeverkehrsbeziehungen. Das Abkommen mit Chile wird impulsgebend für die künftige Zusammenarbeit in dieser Region sein.

B. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 definiert die im Abkommen mehrfach verwandten Begriffe „Zuständige Seeschiffahrtsbehörde“, „Schiffe einer Vertragspartei“, „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ und „Besatzungsmitglied“.

Zu Artikel 2

In Artikel 2 Abs. 1 vereinbaren die Vertragsparteien, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren Ländern zu fördern. Außerdem verpflichten sie sich, sich jeglicher Maßnahmen zu enthalten, die sich auf den internationalen Seeverkehr sowie auf die uneingeschränkte Beteiligung ihrer Schiffahrtsunternehmen am gegenseitigen Seehandel nachteilig auswirken könnten. Dies gilt auch für den Seehandel zwischen ihren Ländern und Drittländern.

Absatz 2 räumt den Schiffen beider Seiten das Recht auf Teilnahme am gegenseitigen Seeverkehr und am Seeverkehr nach Drittstaaten (Cross-Trade) ein.

Absatz 3 berechtigt Seeschiffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaates, sich an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren zu beteiligen. Dabei erhalten Schiffe, die von Seeschiffahrtsunternehmen der Vertragsparteien gechartert sind, dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 Abs. 1 stellt klar, daß das Abkommen Rechte und Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften nicht berührt. Dies gilt insbesondere für Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Absatz 2 verdeutlicht die Entschlossenheit beider Vertragsparteien, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Zu Artikel 4

Artikel 4 verpflichtet die Vertragsparteien, im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art zu unterlassen, die die Seeschiffahrtsinteressen der anderen Vertragspartei benachteiligen oder die freie Auswahl der Seeschiffahrtsunternehmen entgegen dem Grundsatz des freien Wettbewerbs beeinträchtigen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Abs. 1 räumt den Schiffen die Inländergleichbehandlung in den Häfen und Hoheitsgewässern der jeweils anderen Vertragspartei ein.

Absatz 2 dehnt das Prinzip der Gegenseitigkeit auf das Recht der Seeschiffahrtsunternehmen, im Hoheitsgebiet des Vertragspartners Agenturtätigkeiten auszuüben, aus.

Zu Artikel 6

Artikel 6 räumt das Recht zur freien Verwendung und zum freien Transfer der im Gebiet der anderen Vertragspartei erzielten Frachteinnahmen ein.

Zu Artikel 7

Artikel 7 zählt die Ausnahmen auf, die vom Regelungsbereich des Abkommens ausgeschlossen sind.

Zu Artikel 8

Absatz 1 regelt, daß die Schiffe einer Vertragspartei sowie deren Besatzungsmitglieder und Fahrgäste während ihres Aufenthalts in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren einschlägigen Gesetze und Bestimmungen einzuhalten haben. Dies gilt auch für die Ladung und für das Ein- und Auslaufen in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung der Schiffe.

Absatz 2 verdeutlicht, daß Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern einzuhalten haben.

Zu Artikel 9

Artikel 9 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, Verzögerungen bei den Liegezeiten und in der Abfertigung zu vermeiden, um so die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern.

Zu Artikel 10

Artikel 10 regelt die gegenseitige Anerkennung der Schiffspapiere sowie des Schiffsmeßbriefes. Bei Vorliegen des amtlich ausgestellten Meßbriefs sind die Schiffe von der Nachvermessung im Partnerstaat befreit.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Reisedokumente und gesteht den Seeleuten der Vertragsparteien, die im Besitz eines ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokumentes sind, die in Artikel 12 aufgeführten Rechte zu.

Absatz 2 definiert den Begriff Reisedokument.

Absatz 3 regelt, daß für Besatzungsmitglieder aus Drittländern als Reisedokument die von den zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten Dokumente gelten. Sie müssen den jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsparteien für die Anerkennung als Paß oder Paßersatzpapier genügen.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien zur formlosen Rückübernahme von Personen, die mit einem von ihnen ausgestellten Ausweispapier im Sinne des Artikels 11 Abs. 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

Zu Artikel 12

Artikel 12 Abs. 1 und 2 regelt die Bedingungen im Hafenstaat für den Landgang, den Schiffswechsel und für die Heimreise der Besatzungsmitglieder.

Absatz 3 bestimmt, daß die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung in möglichst kurzer Zeit zu erteilen ist.

Absatz 4 räumt erkrankten Besatzungsmitgliedern die Möglichkeit des Krankenhausaufenthaltes im Hafenstaat ein.

Nach Absatz 5 behalten sich die Vertragsparteien das Recht vor, unerwünschten Personen die Einreise zu verwehren.

Nach Absatz 6 sind die Bediensteten der Diplomatischen Mission und der Konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei berechtigt, miteinander Kontakt aufzunehmen.

Absatz 7 stellt klar, daß vorbehaltlich der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 6 die Regelungen des Ausländerrechts unberührt bleiben.

Zu Artikel 13

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien zur Hilfe, wenn Schiffe der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Seenot oder andere Gefahren geraten. Ferner enthält er Bestimmungen über die fiskalischen Behandlungen der in Notfällen ausgeladenen Güter.

Zu Artikel 14

Absatz 1 bestimmt, daß die wirksame Anwendung des Abkommens bei den Seeschiffahrtsbehörden liegt.

In Absatz 2 wird der von den Seeschiffahrtsbehörden zu behandelnde Themenkreis umrissen.

Absatz 3 regelt die Modalitäten für das Zusammentreten der Seeschiffahrtsbehörden.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien zur Nichtdiskriminierung der Schiffe und Schiffahrtsunternehmen der anderen Vertragspartei.

Zu Artikel 15

In Artikel 15 werden die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder durch die Vertragsparteien aufgefordert, alle möglichen fachlichen Beziehungen zu suchen und zu entwickeln.

Zu Artikel 16

Artikel 16 Abs. 1 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens.

Absatz 2 legt die Gültigkeit des Abkommens auf unbestimmte Zeit fest. Darüber hinaus wird die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung des Abkommens und das darauf folgende Außerkrafttreten vorgesehen.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 527420 11.95
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333